

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 1983

Teil I: Berufliche Bildung: Lebensperspektiven für die Jugend — Wettbewerbsperspektiven für die Wirtschaft

1. Ausbildung für die Jugend

1.1 Trotz schwieriger Wirtschaftslage mehr Ausbildungs- verträge 1982

Die Ausbildungsplatzsituation 1982 muß wesentlich mit auf dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr gesehen werden. Die rund zwei Jahre währende Stagnationsphase wurde nach der Jahresmitte durch einen kräftigen Rückgang des Sozialprodukts verstärkt. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie sank nach Berechnungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München auf rund 74 % und lag damit rund 10 %-Punkte niedriger als 1979. Fehlendes Wirtschaftswachstum und hohe Zinsen haben 1982 zu einer Höchstzahl an Firmenzusammenbrüchen geführt. Mit rund 15 000 Insolvenzen lag diese Zahl mehr als dreimal so hoch wie 1972. Infolge der verstärkten gesamtwirtschaftlichen Schwächetendenzen verschlechterte sich die Beschäftigungssituation weiter, zumal von der demographischen Entwicklung nach wie vor erhebliche Belastungen ausgingen. Die Arbeitslosenzahl überschritt zum Jahresende hin erstmals seit Anfang der fünfziger Jahre wieder die Zwei-Millionen-Marke. Im Dezember 1982 waren 203 000 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos.

Trotz der schwierigen Wirtschaftslage sind 1982 rund 25 000 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen worden als 1981. Dies entspricht einem Zuwachs von 4,2 %. Die Gesamtzahl der zum 30. September 1982 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist damit auf 631 000 angewachsen. Auch gemessen am Altersjahrgang haben mehr Jugendliche eine Ausbildung im dualen System begonnen als noch im Vorjahr. Der Anteil am Altersjahrgang lag bei 62 % und somit im längerfristigen Trend (vgl. *Schaubild 1*).

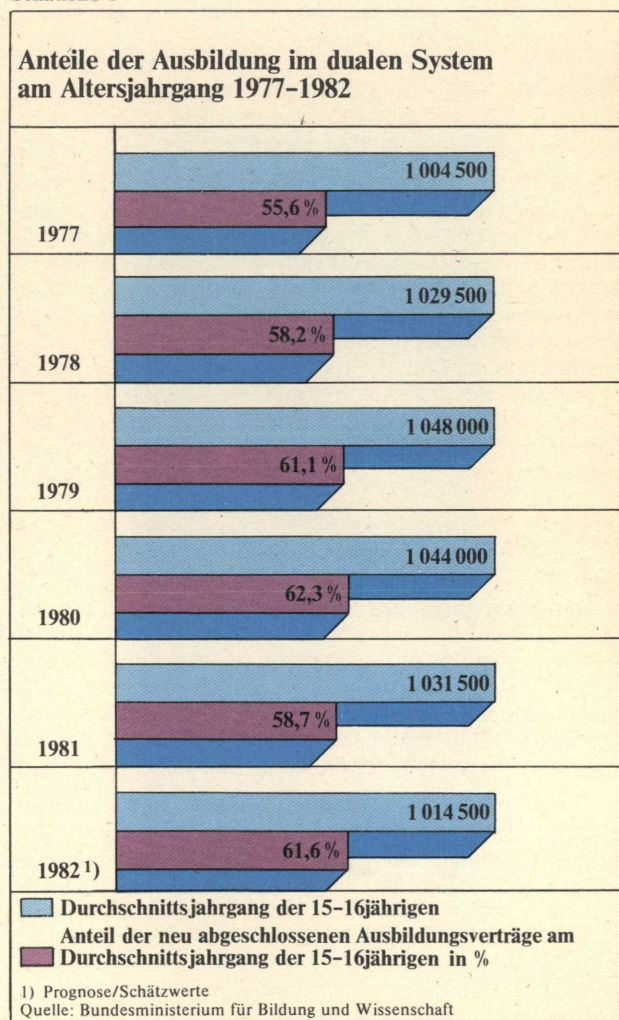
Wenn die Ausbildungsplatzsituation 1982 (siehe im einzelnen Abschnitt 3.1) günstiger war als Anfang des Jahres von manchen befürchtet, so ist dies den besonderen Anstrengungen aller Beteiligten zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes zu verdanken. Betriebe und Verwaltungen haben über den eigenen Bedarf hinaus Ausbildungsplätze bereitgestellt. Verbände und Organisationen der Wirtschaft und die Gewerkschaften haben für mehr Ausbildungsplätze geworben. Die Arbeitsämter haben ihre Vermittlungstätigkeit intensiviert. Allen, die sich für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot, für Lebensperspektiven der Jugend und Wettbewerbsperspektiven der Wirtschaft durch Ausbildung engagiert haben, gebührt Dank und Anerkennung. Das gilt für die Betriebe und Verwaltungen, die Betriebs- und Personalräte, die Ausbildungsberater, die Ausbilder und Lehrer, die Kammern und Innungen, die regionalen und überregionalen Organisationen und Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Arbeitsämter, die Abgeordneten in den Parlamenten, die ehrenamtlich Mitwirkenden und viele andere mehr. Das duale System hat eine Bewährungsprobe bestanden.

Die Bundesregierung hat die Anstrengungen zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots nachhaltig unterstützt; schon frühzeitig hat sie auf die Notwendigkeit zusätzlicher Anstrengungen aufmerksam

gemacht. Bundeskanzler Dr. Kohl erörterte die Ausbildungsplatzfrage bereits in seinem ersten Gespräch mit den Repräsentanten der Wirtschaft. Sie sagten zu, alles daran zu setzen, daß genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Auf Einladung der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, für Wirtschaft, für Arbeit und Sozialordnung und des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit trafen die Präsidenten der Spitzenverbände der Wirtschaft sowie Mitglieder der Vorstände des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft im Oktober 1982 zu einem Gespräch über die Ausbildungsplatzsituation zusammen. Dabei ging es zunächst um die Frage, wie die Jugendlichen, die im Herbst 1982 noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden können. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, daß in den nächsten Wochen nochmals verstärkte gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten vor Ort erfolgen müssen, damit möglichst alle unversorgten Jugendlichen noch einen Ausbildungsplatz finden. Sie stimmten außerdem darin überein, daß auch für 1983 weitere Anstrengungen notwendig seien, da mit einer annähernd gleich großen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wie 1982 zu rechnen sei.

Am 30. September 1982 waren knapp 36 000 Jugendliche bei den Arbeitsämtern gemeldet, die noch einen Ausbildungsplatz suchten. Das waren rund 63 % mehr als im

Schaubild 1



Vorjahr. Zum gleichen Zeitpunkt waren gut 20000 noch unbesetzte Ausbildungsplätze bei den Arbeitsämtern gemeldet, 46 % weniger als im Vorjahr. Nach der diesen Zahlen zugrunde liegenden Statistik der Bundesanstalt für Arbeit lag das Angebot an Ausbildungsplätzen in 114 Arbeitsamtsbezirken unter der Nachfrage. Von den Bewerbern, die nach der Berufsberatungsstatistik am 30. September noch nicht vermittelt waren, besaßen weniger als 10 % keinen Schulabschluß, gut 42 % den Hauptschulabschluß, die übrigen einen mittleren oder höheren Abschluß.

Die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit zum Ausbildungsstellenmarkt kann nur die Stellen und Bewerber erfassen, die den Weg über die Arbeitsämter wählen. Daneben gibt es eine nicht genau zu greifende Anzahl von Ausbildungsplätzen, die von Betrieben ohne Einschaltung der Arbeitsämter angeboten werden, sowie eine ebenso wenig genau zu benennende Anzahl von Jugendlichen, die ohne die Arbeitsämter eine Ausbildungsmöglichkeit suchen. Trotzdem ist die Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit bei allen vielleicht denkbaren Verbesserungsmöglichkeiten derzeit das einzige Instrument, mit dem sich die Ausbildungsplatzentwicklung im Laufe des Jahres abschätzen läßt.

Die Berufswahlmöglichkeiten der Jugendlichen haben sich insgesamt nicht so verschlechtert, wie das Anfang des Jahres zu befürchten war. Die Arbeitsämter haben einen etwas geringeren Anteil der Bewerber (52 % gegenüber 56 % im Vorjahr) entsprechend dem vorrangigen Berufswunsch vermitteln können. Die Berufswünsche der Jugendlichen haben sich stärker dem Ausbildungsangebot angenähert. Viele Jugendliche sind durchaus bereit, auf einen anderen Beruf auszuweichen, wenn im zunächst erwünschten Beruf kein Ausbildungsplatz zu finden ist. Die recht hohe Konzentration der Berufsausbildung auf relativ wenige „große“ Ausbildungsberufe, ist nicht allein nachfrage-, sondern auch angebotsbedingt.

Alle am 30. September 1982 in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit als nicht vermittelt ausgewiesene Jugendliche suchten auch tatsächlich noch einen Ausbildungsplatz. Die Bundesanstalt für Arbeit ist derzeit bemüht festzustellen, wieviel von diesen Jugendlichen einen anderen Ausbildungsplatz gefunden oder andere Angebote (schulische Bildungsgänge bzw. berufsvorbereitende betriebliche Maßnahmen, Arbeit als Jungarbeiter/Jungangestellte etc.) angenommen haben. Die ganz überwiegende Anzahl von ihnen wird im jetzt begonnenen Vermittlungsjahr erneut einen Ausbildungsplatz suchen.

1.2 Den Blick nach vorn richten: alle Chancen nutzen

Nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz soll der Berufsbildungsbericht einerseits die regionale und sektorale Entwicklung des Angebots an Ausbildungsplätzen und der Nachfrage darstellen. Diese Berichterstattung wird mit dem Berufsbildungsbericht 1983 fortgesetzt.

Andererseits soll im Berufsbildungsbericht die voraussichtliche Weiterentwicklung dargestellt werden. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft mißt diesem zukunftsbezogenen Auftrag des Gesetzgebers besonderes Gewicht bei: Der Berufsbildungsbericht soll nicht nur die Entwicklungen der Vergangenheit festhalten, sondern Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven für die Zukunft der beruflichen Bildung, insbesondere der Berufsausbildung im dualen System, aufzeigen.

Die Berufsausbildung im dualen System hat in den vergangenen Jahren an Gewicht gewonnen. 1977 begannen rund 56 % eines Altersjahrgangs eine Ausbildung für einen anerkannten Ausbildungsberuf. 1982 waren es rund 62 %. 1974 standen einem Jugendlichen in Ausbildung 20 Erwerbstätige gegenüber; schon 1980 waren es nur noch 15. Nicht nur im Bildungswesen, sondern auch in der Wirtschaft ist die Bedeutung der Fachkräfteausbildung im dualen System deutlich gewachsen.

Die Arbeitgeber haben die vom Bundesverfassungsgericht bestätigte besondere Aufgabe, daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Die Erfahrungen des Jahres 1982 haben gezeigt, daß es auch unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen möglich ist, sehr viele Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Diese Erfahrungen müssen genutzt werden, damit auch im kommenden Jahr alle Jugendlichen Ausbildungschancen haben. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine Stärkung der Grundlagen für Investitionen und Wirtschaftswachstum sowie vertrauensbildende Maßnahmen werden die Ausbildungsbereitschaft fördern. Es gilt, auf der Seite des Angebots an Ausbildungsplätzen das Verantwortungsbewußtsein der Betriebe und Verwaltungen zu erhalten und zu stärken und auf der Seite der Nachfrage Resignation und Ängsten vorzubeugen.

Hierzu bleibt es erforderlich, auch 1983

- frühzeitig — und wiederholt — auf allen Ebenen durch alle, die für die berufliche Bildung Verantwortung tragen, an die ausbildungsfähigen Betriebe und Verwaltungen zu appellieren, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen,
- die Betriebe aufzufordern, ihre Ausbildungs- und Einstellungsentscheidungen rasch zu treffen und alle Plätze den Arbeitsämtern zu melden,
- die Jugendlichen aufzufordern, sich schon zu Beginn des Vermittlungsjahres um einen Ausbildungsplatz zu kümmern und dabei die Arbeitsämter einzuschalten, sowie einen Vertragsabschluß umgehend den Arbeitsämtern zu melden,
- die Eltern und Lehrer zu bitten, die Jugendlichen in ihrer Bereitschaft zur Ausbildung zu stützen und zu ermuntern,
- Kammern, Innungen, Kreishandwerkerschaften, Gewerkschaften, Verbände, Kommunalverwaltungen, Berufsbildungsausschüsse und Schulen unter Einschaltung der Arbeitsämter zur Beratung der vor Ort zweckmäßigen Maßnahmen wiederholt zusammenzuführen und dabei alle Möglichkeiten unvoreingenommen zu prüfen (von der Nutzung der Sonderprogramme von Bund und Ländern über die Einrichtung zusätzlicher Schulklassen — bzw. von mehr Schülern pro Klasse — bis zu ausbildungsplatzsteigerndem Zusammenwirken von Betrieben, Schulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten),
- die Medien (Rundfunk, Fernsehen und vor allem die regionale/örtliche Presse) um Mithilfe zu bitten.

Alle Signale müssen auf Ermunterung, Stärkung und Stützung der Berufsausbildung im dualen System von Betrieb und Schule stehen. Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen wählt diesen Weg in das Berufsleben. Die Politik der Bundesregierung wird dazu beitragen, daß dies auch in Zukunft so bleibt.

Wirtschaft und Staat gehen gemeinsam davon aus, daß Investitionen in den Nachwuchs zugleich Investitionen in die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und der Volkswirtschaft insgesamt sind. Es ist durchaus nicht selbstverständlich, daß diese Investitionen in Ausbildung unter jedweden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von selbst mit gleicher Dynamik fortgeführt werden; sie sind immer wieder neu zu erschließen.

1970 wendeten die privaten und öffentlichen Arbeitgeber nach den Erhebungen der Sachverständigenkommission „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ brutto rund 8,77 Mrd. DM und (nach Abzug der von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge) netto rund 5,3 Mrd. DM für die Berufsausbildung der Jugendlichen auf. 1980 waren diese Beträge nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung auf rund 29 Mrd. DM brutto und rund 18 Mrd. DM netto angestiegen. Der Anteil der Ausbildungsaufwendungen der Wirtschaft an der Lohn- und Gehaltssumme hat von rund 1,7 % 1970 auf rund 2,7 % 1980 zugenommen.

Die Wirtschaft trägt damit die Hauptlast der Aufwendungen für die Berufsausbildung. Die Zahlen unterstreichen deutlich die Anstrengungen der Betriebe, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot trotz sich verschlechternder wirtschaftlicher Bedingungen nachzukommen.

Unter den Kosten der betrieblichen Berufsausbildung haben vor allem die Personalkosten und hier wiederum die Ausbildungsvergütungen ein besonderes Gewicht. Nach Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung macht die Ausbildungsvergütung zur Zeit durchschnittlich rund 35 %, einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen sogar durchschnittlich rund 48 % der Bruttokosten der betrieblichen Berufsausbildung aus.

Für den weit überwiegenden Teil der Auszubildenden werden die Ausbildungsvergütungen jährlich zwischen den Tarifvertragsparteien ausgehandelt; ihre Höhe unterliegt der Tarifautonomie. Neuerdings wird zum Teil anstelle der bisher üblichen Festbetragserhöhung eine prozentuale Erhöhung vereinbart. Nach dem Tarifregister des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, das rund 400 Tarifbereiche und rund 80 % bis 85 % aller Ausbildungsverhältnisse umfaßt, liegen die höchsten Ausbildungsvergütungen im 1. Ausbildungsjahr zur Zeit bei 935 DM, die niedrigsten bei 158 DM monatlich. Der Durchschnitt aller Ausbildungsvergütungen beträgt (ohne Sozialversicherungsbeiträge der Auszubildenden):

im 1. Ausbildungsjahr 540 DM monatlich
im 2. Ausbildungsjahr 621 DM monatlich
im 3. Ausbildungsjahr 716 DM monatlich und
im 4. Ausbildungsjahr 758 DM monatlich
für Auszubildende, die ihre Ausbildung vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen haben.

Die Wirtschaft hat mit der beruflichen Bildung eine gesellschaftliche Aufgabe übernommen, die sie in eigener Verantwortung weitgehend bewältigt. Der Staat hilft dabei auch durch erhebliche finanzielle Aufwendungen für das berufliche Schulwesen (Länder) sowie für die Unterstützung subsidiärer Maßnahmen (Bund und Länder) zugunsten der Qualitätsverbesserung oder der Förderung benachteiligter Personengruppen. Insgesamt wurden 1980 rund 8,1 Mrd. DM aus öffentlichen Mitteln für die berufliche Bildung bereitgestellt, rund 5,5 Mrd. DM für berufliche Schulen und rund 2,6 Mrd. DM für überbetriebliche und betriebliche Maßnahmen der Berufsausbildung Jugendlicher.

Berufsausbildung braucht einen klaren Rahmen, der seinen Ausdruck insbesondere im Berufsbildungsgesetz und in den Ausbildungsordnungen findet. Dieser Rahmen ist so angelegt, daß er die notwendige und wünschenswerte Kreativität und Flexibilität in Betrieb und Schule ermöglicht. Die Bundesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, daß die Berufsausbildung nicht durch unnötige bürokratische Regelungen behindert wird.

Am Ende der Ausbildung muß ein, trotz unterschiedlicher Ausbildungswege, vergleichbarer Ausbildungsabschluß stehen, der den Jugendlichen Mobilitätschancen und den Betrieben Verlässlichkeit im Hinblick auf das verschafft, was neu einzustellende Fachkräfte können und wissen.

1.3 Nachfrage weiter auf hohem Niveau

Auf kurze Sicht, bis etwa 1985/86, muß es vorrangige Aufgabe bleiben, genügend Ausbildungsplätze für die große Nachfrage aus den geburtenstarken Jahrgängen zu sichern. Die Nachfrageorientierung der Berufsbildungspolitik ist allgemein akzeptiert. Nachfrage nach Ausbildung muß weiterhin geweckt werden. Jedem Bewerber soll eine qualifizierte Berufsausbildung gegeben werden.

Ab Mitte der 80er Jahre wird die Anzahl der Schulabgänger aus Sonder-, Haupt- und Realschulen (Sekundarstufe I) erheblich abnehmen. Angaben des Statistischen Bundesamtes weisen für 1983 rund 804 000 Absolventen des Sekundarbereichs I aus. Nach weitergehender Vorausschätzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾ wird sich die Anzahl der Absolventen des Sekundarbereichs I in den nachfolgenden Jahren wie folgt entwickeln: 1984: 764 000; 1985: 715 000; 1987: 616 000; 1990: 499 000.

Eine mittelfristige Vorausschau auf die Nachfrage nach beruflicher Bildung im dualen System kann sich aber nicht allein auf die derzeitigen Schulabgängerprognosen stützen, die letztlich nur die demographische Entwicklung widerspiegeln.

Die derzeit absehbaren Entwicklungstendenzen deuten darauf hin, daß die Nachfrage nach Ausbildung im dualen System weniger schnell abnehmen wird, als bisher vermutet. Dies liegt zum Teil auch daran, daß sich die Nachfrage zeitlich verschiebt, weil Jugendliche vorher an vollzeitschulischen beruflichen Angeboten teilnehmen. Auch die Vorbildungsstruktur der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, dürfte sich weiter verändern.

In der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung ist im Rahmen ihrer Beratungen zur beruflichen Bildung ein Modell entwickelt worden, mit dem eine Orientierung über den längerfristigen voraussichtlichen Verlauf der Nachfrage nach dualer Ausbildung ermöglicht werden soll. Die Vorausschätzung versucht, sich an den realen Übergangsströmen in die duale Ausbildung aus dem Sekundarbereich I und anderen vorgeschalteten Ausbildungsgängen auszurichten.

Im jährlichen Berufsbildungsbericht ist dagegen bisher für das jeweils nächste Jahr eine Vorausschätzung der Nachfrage erfolgt, die sich an den Erfahrungswerten des vergangenen Jahres orientiert.

Beide Vorausschätzungen kommen für 1983 zu Ergebnissen, die sich bei der in Rede stehenden Größenordnung nicht unvereinbar gegenüberstehen. Die Bund-Länder-

¹⁾ Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation 71

Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung geht von 648 000 Jugendlichen aus. Im Berufsbildungsbericht wird die Gesamtzahl der Ausbildungsplatzsuchenden für das Jahr 1983 auf rund 655 000 vorausgeschätzt.

Es wäre wünschenswert, auch für den mittel- bis längerfristigen Zeitraum über Orientierungswerte in der Nachfrage zu verfügen. Das Modell der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung stellt hierfür einen entwicklungsfähigen Ansatz dar. Er bedarf allerdings, wie die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zu Recht betont, der Überprüfung und Fortschreibung.

Fast über ein Jahrzehnt hinweg würde — aus demographischen Gründen und bei Annahme eines gleichbleibenden Übergangsverhaltens — eine wachsende Anzahl von Hochschulabsolventen das Bildungssystem verlassen, während die Anzahl der im dualen System ausgebildeten Fachkräfte deutlich abnehmen würde (bis ca. 1986 kommen allerdings jährlich mehr als 600 000 neue Fachkräfte mit betrieblicher Berufsausbildung auf den Arbeitsmarkt). Die bei einer solchen Entwicklung veränderten Arbeitsmarktchancen machen eine gründlichere Überlegung von Studienberechtigten über ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg erforderlich. Schon heute lernen fast 100 000 Hochschulberechtigte einen anerkannten Ausbildungsberuf. Der Anteil der Studienberechtigten, die Alternativen zum Studium suchen, wird wachsen. Hier kommt der Information und Beratung, insbesondere auch über die Chancen und Möglichkeiten einer Berufsausbildung im dualen System, besondere Bedeutung zu.

Auf diese Rahmenbedingungen wird sich die Berufsbildungspolitik, werden sich aber auch die Ausbildungsbetriebe einstellen müssen. Die Bundesregierung wird prüfen, ob das vorhandene Spektrum der Ausbildungsberufe ausreicht, um diesen Anforderungen zu entsprechen. Sie will ein Modellprogramm „Alternativen zum Studium“ entwickeln.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß — aus gesellschaftspolitischen wie aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, aber auch aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft — der Anteil der Jugendlichen weiter gesenkt werden muß, die ohne berufliche Ausbildung bleiben.

Nicht nur die veränderte Nachfragestruktur, sondern auch die ökonomisch/technische Entwicklung und der internationale Wettbewerb stellen neue Anforderungen an die berufliche Bildung. Neue Entwicklungen und Anforderungen sind je nach Zeitpunkt und Entwicklungsstand durch Fortbildung zu vermitteln oder in die laufende Überarbeitung der Ausbildungsordnungen (und Rahmenlehrpläne) einzubeziehen. Wichtig ist, Trends und neue Erfordernisse rechtzeitig zu erkennen und in der Ausbildung aufzugreifen. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft beabsichtigt, hierzu in einem Modellprogramm „Neue Technologien in der Berufsbildung“ weitere Anstöße zu geben.

Das Berufskonzept bleibt die Richtschnur: Ziel der Berufsausbildung ist die Vorbereitung auf die Tätigkeit in einem bestimmten qualifizierten Beruf. Eine fundierte Berufsausbildung, die eine breit angelegte berufliche Grundbildung und die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit notwendigen fachlichen Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt und den Erwerb von Berufserfahrung ermöglicht, ist die beste Grundlage auch für später notwendige Anpassungen im Berufsleben bis hin zum Berufswechsel. Berufsausbildung muß Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermitteln, die jetzt

benötigt werden und mit großer Wahrscheinlichkeit auch unter zukünftig veränderten Umständen wichtig bleiben. Berufliche Bildung muß über die Vermittlung fachlicher Kenntnisse und Fertigkeiten hinaus aber auch die persönliche Entwicklung und politische Mündigkeit fördern. Während der beruflichen Bildung darf daher die Befähigung der Jugendlichen für eine Teilnahme am gesellschaftlichen und betrieblichen Leben und für ihre persönliche Lebensgestaltung nicht vernachlässigt werden.

Angesichts der fortschreitenden technologischen Entwicklung, der Veränderungen am Arbeitsmarkt sowie künftiger neuer Herausforderungen kommt der beruflichen Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu. Erstausbildung sollte daher auch Bereitschaft und Fähigkeit zur Weiterbildung wecken und fördern.

1.4 Stärkung des dualen Systems

Die Attraktivität der beruflichen Bildung zu stärken ist eine kontinuierliche Aufgabe. Sie umfaßt die gesellschaftliche Anerkennung ebenso wie die Anerkennung im Bildungswesen sowie die Festigung von Aufstiegschancen im Beruf.

Dazu wird der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft darauf hinwirken, daß

- die Abschlüsse der beruflichen Bildung stärker als bisher im allgemeinen Bildungswesen und im öffentlichen Dienstrecht als gleichwertig anerkannt werden (siehe hierzu 2.1). Ausbildungsgänge, für die in der Praxis oder in schulischen Zugangsregelungen ohne eine zwingende Begründung ein mittlerer Bildungsabschluß oder das Abitur als Eingangsvoraussetzung gefordert werden, sollten wieder für Hauptschulabgänger geöffnet werden,
- die Qualität der beruflichen Bildung in den Inhalten der Ausbildung sowie bei Personal und Ausstattung weiter verbessert wird,

2. Schwerpunkte der Berichterstattung 1983 und Zielvorstellungen zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung

Vorbereitung des Berufsbildungsberichts

Wesentliche Beiträge zum Berufsbildungsbericht 1983 wurden vom Bundesinstitut für Berufsbildung geleistet. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit trug Forschungsergebnisse bei.

2.1 Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung

Die allgemein akzeptierte Forderung nach mehr Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung sollte vor allem in folgender Richtung konkretisiert werden:

- Jugendlichen, die eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, sollte mehr als bisher wie Jugendlichen mit mittlerem Bildungsabschluß die Möglichkeit zur Wahrnehmung weiterführender Bildungsangebote auch im schulischen Bereich eröffnet werden;

- Meistern sollte der Zugang zur Fachlehrausbildung für berufliche Schulen offenstehen;
- Wirtschaft und Staat sollten ihre Aufstiegspositionen für die beruflich Ausgebildeten offenhalten und ihnen durch Weiterbildung Chancen für die jeweiligen Arbeitsplätze im Vergleich zu Abiturienten, Fach- und Hochschulabsolventen geben.

Im Bereich des Beamtenrechts regeln das Beamtenrechtsrahmengesetz, das Bundesbeamtengesetz und die Bundeslaufbahnverordnung für den Einstieg in den mittleren Dienst, daß nicht nur Bewerber mit einem mittleren Bildungsabschluß, sondern auch mit Hauptschulabschluß und einer förderlichen Berufsausbildung zugelassen werden. Insoweit ist hier eine Gleichstellung von allgemeinem und beruflichem Abschluß erfolgt. In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, dieser für den öffentlichen Dienst entwickelten Gleichwertigkeitsregelung auch in der personalpolitischen Praxis zum Durchbruch zu verhelfen.

Im weiteren Sinne gehört hierher auch eine stärkere Einbeziehung berufsbezogener Lerninhalte in die gymnasiale Oberstufe.

2.2 Verbesserung der Berufswahlvorbereitung

Um die Berufswahl zu erleichtern und die Ausbildungsangebote voll zu nutzen, bedarf es in der Mittel- und Oberstufe aller allgemeinbildender Schulen einer frühzeitigen und intensiveren Berufswahlunterricht, verknüpft mit konkreten Einblicken in die Berufswelt während der Schulzeit. Ein frühzeitiger Einblick in die Arbeits- und Wirtschaftswelt weckt Interesse an einer Berufsausbildung und hilft Fehleinschätzungen hinsichtlich der Anforderungen und beruflichen Aufstiegschancen in einzelnen Berufssparten abzubauen.

Neben anderen Maßnahmen müssen vor allem die Betriebspraktika ausgebaut werden, für die noch nicht überall ein zufriedenstellendes Konzept erreicht wurde. Um die Vorbereitung und Durchführung der Betriebspraktika zu verbessern, bedarf es einer Einbeziehung der Betriebspraktika in die Lehrerausbildung- und -fortbildung. Nützlich ist auch der Erwerb von Berufserfahrung außerhalb der Schule durch die Lehrer.

Die an der Hauptschule bereits als Lernbereich eingeführte Arbeitslehre sollte nicht nur in dieser Schulform systematisch weiterentwickelt werden. Auch den Schülern der anderen Schulen muß eine bessere vorberufliche Orientierung gegeben werden. Dabei erscheint es wichtig, daß insbesondere Mädchen während der Schulzeit stärker für technische Fragen interessiert werden, um so ihre Berufswahl für gewerblich-technische Berufe zu erleichtern bzw. ihre Motivation für den Besuch gewerblich-technischer Berufsfachschulen zu erhöhen.

Eine besondere Bedeutung im Rahmen der vorberuflichen Orientierung haben auch Betriebserkundungen. Sie sind für die Jugendlichen eine erste Begegnung und Auseinandersetzung mit der betrieblichen Praxis und der Arbeitswelt. Die Möglichkeiten zur Durchführung solcher sowie anderer berufswahlvorbereitende Veranstaltungen sollten in enger Zusammenarbeit von Schule, Berufsberatung und örtlicher Wirtschaft ausgeweitet werden.

2.3 Berufliche Bildung für Frauen

Der Anteil der Frauen eines Altersjahrgangs, der in die duale Ausbildung geht, beträgt ca. 55 % und liegt damit

unter dem Anteil bei den jungen Männern. Das Ausbildungsplatzangebot steht jungen Frauen nicht in gleicher Weise wie jungen Männern offen: nur rund 25 % aller Ausbildungsplätze werden für Männer und Frauen angeboten, dagegen 50 % nur für Männer und 25 % nur für Frauen.

Nur für Männer werden in der Regel Ausbildungsplätze in den Fertigungsberufen angeboten. Ausbildungsplätze, die auch oder allein Frauen offenstehen, werden vorwiegend in den Dienstleistungsberufen angeboten, in denen dementsprechend 85 % aller weiblichen Auszubildenden ausgebildet werden.

Die Berufsausbildungschancen junger Frauen sind somit zweifach eingeengt: quantitativ und qualitativ. Jungen Frauen werden weniger Ausbildungsplätze aus einem engeren Berufsspektrum angeboten als jungen Männern. Bemühungen zur Verbesserung der Ausbildungschancen für Frauen müssen deshalb auch zweifach ansetzen: Das Berufsspektrum junger Frauen muß — insbesondere in den gewerblich-technischen Bereich hinein — ausgeweitet werden. Aber auch in den Dienstleistungsberufen sollte das Angebot an Ausbildungsplätzen ausgeweitet werden.

Die Berufswünsche junger Frauen orientieren sich zu sehr an den ungleichen Zugangschancen zu den verschiedenen Berufen. Zur Ausweitung des Berufswahlspektrums junger Frauen können insbesondere beitragen: Technisch orientierte Arbeitslehre auch für Mädchen; gründlicher, frühzeitig einsetzender Berufswahlunterricht, in dem auch das Thema gewerblich-technische Berufe für Frauen behandelt wird; frühzeitige Betriebserkundungen und Betriebspraktika, auch in „frauenuntypischen“ Bereichen; Ermutigung von Mädchen zur Wahl von mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern im Wahlpflichtbereich; Behandlung des Themas „Berufswahlvorbereitung von Frauen“ in der Lehreraus- und -fortbildung.

Auch bei den Betrieben muß weiterhin der Abbau vorgefaßter Meinungen vorangebracht werden: Es gibt kaum einen Beruf, der von Frauen „objektiv“, unter allen Bedingungen, nicht gelernt oder ausgeübt werden könnte. In vielen „Männerberufen“ können Frauen gleiches leisten, kann Mitarbeit von Frauen im Team die Arbeitsergebnisse verbessern.

Die Chancen der Frauen im Beruf können nicht allein durch mehr und breitere Ausbildungsangebote verbessert werden. Mehr Aufstiegschancen für Frauen in der Arbeitswelt sind ebenso notwendig. Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für erwachsene Frauen müssen hinzukommen, die Ausbildungsmängel abbauen oder früher erworbene Qualifikationen nach längerer Familienphase auf einen aktuellen Stand bringen. Dennoch entspricht der Anteil von Frauen an Umschulungen und längeren Fortbildungsmaßnahmen nicht ihrem Anteil an den Erwerbstätigen. Modellvorhaben zur beruflichen Nachqualifizierung von Frauen ohne verwertbare Berufsausbildung sollen Ansatzpunkte einer gezielten Förderung schaffen.

2.4 Verbesserung der Qualifizierung der Ausbilder

Ausbilder haben eine Schlüsselfunktion in der Berufsausbildung wahrzunehmen. Sie tragen große Verantwortung gegenüber den Jugendlichen: Sowohl für den Erfolg der Ausbildung als auch für ihre persönliche Entwicklung. Ausbilder sind die entscheidenden „Bezugspersonen“ für die Jugendlichen im Betrieb. Ausbilder entscheiden damit auch über die Attraktivität der Berufsausbildung im dualen System. Aus diesem Grunde mißt die Bundesregierung

der fachlichen und pädagogischen Aus- und Weiterbildung von Ausbildern eine große Bedeutung zu.

Fachliche Kompetenz allein stellt noch nicht sicher, daß die Übertragung von Fertigkeiten, Kenntnissen und Arbeitserfahrungen auf Auszubildende sowie die Vorbereitung auf die Übernahme neuer, in dieser Form nicht gelernter Arbeitsaufgaben gelingt. Die aufgrund des Berufsbildungsgesetzes erlassenen Ausbilder-Eignungsverordnungen sehen deshalb vor, daß Ausbilder den Erwerb berufs- und arbeitspädagogischer Fähigkeiten nachzuweisen haben. In den letzten Jahren haben mehr als 350 000 Ausbilder im Bereich von Industrie und Handel ihre berufs- und arbeitspädagogische Eignung nachgewiesen. Jeder Meister bzw. jede Meisterin im Bereich des Handwerks, der Landwirtschaft und der Hauswirtschaft hat die erforderlichen berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse mit der entsprechenden Meisterprüfung.

Die Bundesregierung wird auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Qualifizierung der Ausbilder zu fördern.

2.5 Jugendliche, die besonderer Förderung bedürfen

Die Anzahl der Jugendlichen ohne Ausbildung konnte in den vergangenen Jahren trotz der verstärkten Nachfrage der geburtenstarken Jahrgänge und trotz des raschen Anstiegs der Anzahl der ausländischen Jugendlichen erheblich reduziert werden. Nach einer Modellrechnung für die Jugendlichen, die im Jahre 1979 die Mittelstufe der allgemeinbildenden Schulen verlassen haben, blieben allerdings fast 115 000 oder 11 % ohne volle berufliche Qualifizierung. Es ist anzunehmen, daß sich diese Zahl im letzten Jahr nicht entscheidend verringert hat.

Die Situation der Jugendlichen mit besonderen Ausbildungsschwierigkeiten ist nicht allein oder auch nur überwiegend ein Problem der geburtenstarken Jahrgänge. Auch bei einem im Verhältnis zur Nachfrage großen Ausbildungsplatzangebot haben ehemalige Sonderschüler und Hauptschulabgänger ohne Abschluß nicht von vornherein gleiche Chancen bei der Ausbildung. Bei steigendem Ausbildungsplatzangebot verschieben sich die Grenzen des Problems, die Schwierigkeiten selbst werden dadurch jedoch nicht behoben. Neben der Sicherung eines ausreichenden Angebots an qualifizierten Ausbildungsplätzen als erste Voraussetzung für die Realisierung des Ziels der Berufsausbildung für alle ist daher als weitere Voraussetzung ein besonderes Förderangebot erforderlich, damit möglichst alle das Ausbildungsplatzangebot auch mit Erfolg wahrnehmen können.

Intensive Motivationsmaßnahmen im Vorfeld der Berufsberatung müssen dazu beitragen, daß benachteiligte Jugendliche trotz ihrer Schwierigkeiten Mut und Durchhaltevermögen für die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz gewinnen. Hierbei kommt der Schule eine besondere Verantwortung zu.

Die Berufsberatung muß in die Lage versetzt werden, die besonderen Schwierigkeiten benachteiligter Jugendlicher noch besser zu berücksichtigen. Zum einen müssen die Voraussetzungen für eine Beratung verbessert werden, die die besonderen Schwierigkeiten von Hauptschulabgängern ohne Abschluß, Sonderschülern und sozial benachteiligten Jugendlichen ausreichend berücksichtigt. Zum anderen muß die Berufsberatung stärker im Vorfeld (z. B. Schule, ausbildungsvorbereitende Maßnahmen) tätig werden können, um diese Jugendlichen überhaupt erst an die Beratung heranzuführen.

Neben einer Erhaltung und Steigerung der Kapazität der Berufsberatung ist eine verstärkte Berücksichtigung der Situation der benachteiligten Jugendlichen bei der Aus- und Fortbildung der Berufsberater erforderlich.

Modellprogramme sollen dazu beitragen, daß das schulische Berufsvorbereitungsjahr stärker auf das Ziel der Ausbildungsvorbereitung ausgerichtet wird, insbesondere durch

- mehr und bessere Stützmaßnahmen zum gezielten Ausgleich von schulischen Defiziten,
- frühzeitige Herstellung des Kontaktes zu Anschlußangeboten der Berufsausbildung u. a. durch enge Zusammenarbeit mit der Berufsberatung des Arbeitsamtes, mit den zuständigen Stellen und mit Ausbildungsbetrieben sowie durch sorgfältig vorbereitete Betriebspraktika,
- Übernahme der positiven Erfahrungen sozialpädagogischer Arbeit.

Für die erfolgreiche Ausbildung von Jugendlichen ohne Schulabschluß und ehemaligen Sonderschülern ist ein Angebot von ausbildungsbegleitenden Fördermaßnahmen in Betrieb und Berufsschule erforderlich. Erfahrungen aus Modellvorhaben sind inzwischen in die neue Förderalternative „ausbildungsbegleitende Hilfen“ des Benachteiligtenprogramms umgesetzt worden.

Durch die Auswertung positiver Beispiele einer Förderung in der Berufsschule parallel zu Maßnahmen des Benachteiligtenprogramms sollen Anregungen für einen Ausbau von ausbildungsbegleitenden Hilfen in der Berufsschule zur Verfügung gestellt werden.

Ein Hauptproblem bei der Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher ist das Zurückgewinnen von Selbstvertrauen in die eigene Lernfähigkeit. Wegen der in aller Regel schlechten Lernerfahrungen sind „Paukurse“ hier kaum geeignet. Projektorientierte Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung sind für die Motivierung von besonderer Bedeutung und lassen die Auszubildenden wieder einen Sinn darin sehen, sich mühsamen theoretischen Lernprozessen auszusetzen. Beim praktischen Bau einer Motoraufhängung beispielsweise bekommt das Lernen einer Formel zur statischen Berechnung einen unmittelbar einsehbaren Nutzen. Die Fortschritte im Arbeitsprozeß sind die beste Motivation für die Lernmühen. Individuelles und kollektives Selbstvertrauen ist gerade für benachteiligte Jugendliche so besonders gut aufzubauen.

Für benachteiligte Jugendliche, die auch nach dem Besuch ausbildungsvorbereitender Maßnahmen trotz ausbildungsbegleitender Fördermöglichkeiten keinen Ausbildungsplatz finden, werden durch intensive Fördermaßnahmen in überbetrieblichen Ausbildungsstätten im Rahmen des Benachteiligtenprogramms Ausbildungsmöglichkeiten angeboten. Auch hier ist das Ziel, sie möglichst rasch in eine Berufsausbildung im Betrieb übergehen zu lassen.

Die Bundesregierung wird auch zukünftig die gezielte Förderung der Benachteiligten im Rahmen des dualen Ausbildungssystems einschließlich der Vorbereitung auf die Ausbildung fortsetzen.

2.6 Hochschulberechtigte in der Berufsausbildung

Zur Zeit nimmt der weitaus überwiegende Teil der Hochschulberechtigten („Abiturienten“) eine Ausbildung im

Hochschulbereich auf (1981: rund 260 000 Hochschulberechtigte, wovon 203 000 Studienanfänger sind, dies ist eine Studienanfängerquote von 21,0 % bezogen auf den durchschnittlichen Altersjahrgang der 19- bis unter 21-jährigen Bevölkerung). Nach den gegenwärtigen Voraussetzungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und unter den dort dargestellten Annahmen würde die absolute Anzahl der Studienberechtigten (1985: 295 000) und die Studienanfängerquote (1985: 23,3 %; 1990: 24,4 %) noch weiter steigen. Nach diesen Annahmen würde sich auch die Relation zwischen den Hochschulabsolventen und den Absolventen des Sekundarbereichs II mit beruflicher Qualifikation (duale und vollqualifizierende schulische Ausbildung) stark verschieben (1981 = 1:5,4; 1985 = 1:4,4; 1990 = 1:2,9).

Gegenwärtig beginnen jährlich rund 50 000 Studienberechtigte eine duale oder schulische Berufsausbildung außerhalb der Hochschulen (rund 35 000 im dualen System). Hierunter befinden sich auch Jugendliche, die ihre Ausbildung als Durchgangsstation für ein Hochschulstudium sehen. Aus Erhebungen der Hochschul-Informationen-System GmbH (HIS), Hannover, im Jahre 1976 wird deutlich, daß etwa 30 % der beruflich ausgebildeten Hochschulberechtigten später noch ein Hochschulstudium aufnehmen.

Während der Gesamtausbildungszeit werden von den Studienberechtigten über 130 000 Ausbildungsplätze genutzt: Rund 95 000 Plätze in der dualen Berufsausbildung, die übrigen Plätze in Sonderausbildungsgängen der Wirtschaft, im Berufsfachschul- und Fachschulwesen der Länder und der beruflichen Fortbildung.

In den Ausbildungsberufen von Industrie und Handel ist die Anzahl der Abiturienten von 26 000 im Jahre 1976 auf rund 50 000 (= 6,4 % der Auszubildenden) im Jahre 1980 gestiegen. Die Anzahl der Abiturienten im Handwerk wurde für 1980 auf etwa 29 000 geschätzt (1977 rund 20 000). Bei den freien Berufen betrug der Anteil der Studienberechtigten 8,7 %. Damit ist die Anzahl der im dualen System ausgebildeten Abiturienten innerhalb von vier Jahren um über 70 % gestiegen, ein Hinweis auf die Flexibilität der Jugendlichen und des Ausbildungssystems.

Wenn ab Mitte der 80er Jahre geburtschwächere Jahrgänge Ausbildung nachfragen, müßten für Abiturienten in größerem Umfang zusätzliche Ausbildungsangebote im dualen System verfügbar sein. Allerdings bedarf es dazu der Bereitschaft der Wirtschaft und der Verwaltungen, auch über 1985 hinaus ein entsprechend hohes Ausbildungsplatzangebot zur Verfügung zu halten.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft schätzt, daß in Sonderausbildungsgängen der Wirtschaft zur Zeit rund 6 000 Plätze pro Jahr in etwa 800 Unternehmen für Abiturienten zur Verfügung stehen. Rund zwei Drittel der Ausbildungsplätze entfallen auf den kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Ausbildungsbereich, 17 % entfallen auf das Ingenieurwesen und 15 % auf mathematisch-technische Assistenten oder Ingenieurassistenten. Diese Sonderausbildungen werden wie im dualen System an zwei Lernorten durchgeführt: Die fachpraktische Ausbildung findet aufgrund eines Ausbildungsvertrages im Betrieb statt, der fachtheoretische Unterricht wird durch Dozenten in Betrieben oder durch Lehrende in den Wirtschafts- und Verwaltungsakademien, Berufsakademien, Fachhochschulen, Spezialklassen der Berufsschulen und branchenspezifischen Ausbildungsstätten vermittelt. Bei den Betrieben, die sich an den Sonderausbildungen beteiligen, handelt es sich bisher meistens um große Unternehmen.

Einen bemerkenswerten Aufschwung haben die Berufsakademien in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein gehabt. Im Jahre 1974 als Modellvorhaben mit rund 200 Abiturienten begonnen, werden in der Berufsakademie Baden-Württemberg 1982/83 an acht Standorten in über 1 500 Betrieben und Sozialeinrichtungen rund 3 800 Abiturienten als Betriebswirte, Ingenieure und Sozialpädagogen ausgebildet. Ein Ausbau auf 5 000 Plätze ist geplant. In Schleswig-Holstein entwickelten sich die Berufsakademien von 20 Abiturienten und 14 beteiligten Betrieben im Jahre 1974 auf rund 350 Abiturienten in zwei Fachrichtungen (Wirtschaft, Technik) mit rund 100 beteiligten Unternehmen im Jahre 1981. Ein weiterer Ausbau ist beabsichtigt.

Die Bundesregierung wird Möglichkeiten einer verstärkten Abiturientenausbildung in mittelfristiger Sicht mit den an der beruflichen Bildung Beteiligten eingehend erörtern. Der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung ist gebeten worden, sich mit der Frage der verstärkten Ausbildung von Abiturienten zu befassen.

Aus heutiger Sicht könnte an folgendes gedacht werden:

- Mehr Ausbildung von Abiturienten in bestehenden Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz;
- Entwicklung neuer Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz, die sich von ihren Inhalten her besonders für Abiturienten anbieten;
- Ausweitung des Angebots an Sonderausbildungsgängen in der Wirtschaft;
- Erhöhung der Attraktivität der dualen Ausbildung für Abiturienten und alle anderen Auszubildenden durch den weiteren Ausbau beruflicher Fortbildungsangebote, auch in den tertiären Bereich außerhalb der Hochschulen hinein;
- Ausweitung der bereits entwickelten Angebote in Berufsfach- und Fachschulen sowie Berufsakademien, die für Abiturienten in Frage kommen;
- Verbesserung der Beratung und Information über die Berufschancen von Absolventen der berufsqualifizierenden Bildungsgänge und Hochschulen.

3. Angebot von und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen sind Ergebnisse vieler einzelner Entscheidungen für die Ausbildung. In den Abgrenzungen des Berufsbildungsförderungsgesetzes umfaßt die Nachfrage die Anzahl der am 30. September bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten, Ausbildungsplätze suchenden Bewerber und die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Das Angebot umfaßt nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz die Anzahl der am 30. September bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten, unbesetzten Ausbildungsplätze und die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Diese Begriffsbestimmungen, die auch in den vorangehenden Berufsbildungsberichten verwendet wurden, orientieren sich am Maßstab der statistischen Nachprüfbarkeit. Es gibt Nachfrage und Angebote bei Ausbildungsplätzen, die in diesen Abgrenzungen nicht erfaßt werden. Es gibt auch einen Bedarf an Ausbildungsplätzen, der weder statistisch nachweisbar noch tatsächlich

bereits vorhanden ist, sondern erst als Nachfrage geweckt werden muß: Ausbildungswille und Ausbildungsbereitschaft von Jugendlichen, die bisher noch nicht für eine Ausbildung gewonnen werden konnten, müssen bestärkt werden.

3.1 Ausbildungssituation 1982

Nachfrage

1982 betrug die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen rund 667 000, das waren 6,3 % mehr als 1981.

Angebot

Das Angebot an Ausbildungsplätzen betrug rund 651 000, das waren 1,3 % mehr als im Vorjahr. Mithin lag das Angebot an Ausbildungsplätzen um rund 16 000 oder 2,4 % unter der Nachfrage¹⁾ (vgl. Übersicht 1).

Ausbildungsverträge

Insgesamt wurden rund 631 000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, das waren rund 25 000 oder 4,2 % mehr als im Vorjahr (vgl. Übersicht 1 und Schaubild 2).

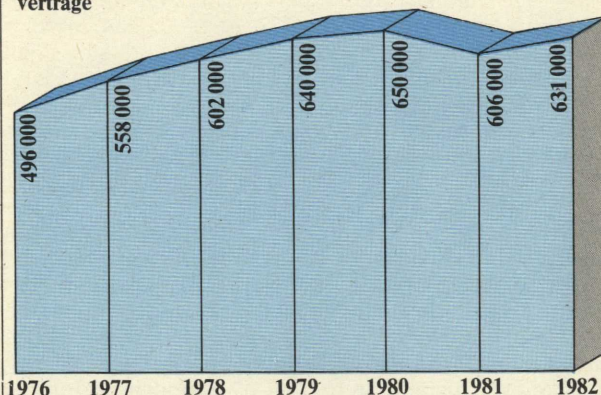
Besonders stark hat die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bei den Fleischern/Fleischerinnen (31 %) und bei den Bäckern/Bäckerinnen (26 %) zugenommen. Auch in den Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes waren erhebliche Steigerungen festzustellen (20 %). Ebenso beachtlich, nämlich um 20 %, ist die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bei den Verkäufern/Verkäuferinnen im Nahrungsmittelhandwerk angewachsen. Es gibt aber auch Berufe, bei denen die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr abgenommen hat: Der Beruf Hauswirtschafter/Hauswirtschafterin im ländlichen Bereich hat um 16 % abgenommen, 5 % bis 8 % weniger neue Ausbildungsverträge kamen in den Berufen Bauzeichner/Bauzeichnerin, Kaufmann/Kauf-

¹⁾ Im Vorjahr gab es noch einen Angebotsübergang von 2,4 %

Schaubild 2

Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen 1976–1982 (jeweils zum 30. September)

Neu
abgeschlossene
Ausbildungs-
verträge



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

frau im Groß- und Außenhandel und im Beruf Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin zustande.

Länderentwicklung

In Baden-Württemberg und Bayern war das Angebot auch 1982 größer als die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. In den übrigen 9 Ländern (1981: 6 Länder) war die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in der gesetzlichen Abgrenzung größer als das Angebot. Zu den im Vorjahr in dieser Kategorie gezählten Ländern sind Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland hinzugekommen. Die Ausbildungsplatzbilanz in der gesetzlichen Definition ist allgemein, ohne besondere regionale Schwerpunkte, ungünstiger geworden.

Die Entwicklung der Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge war allerdings in den Ländern sehr

Übersicht 1: Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen 1976–1982 (jeweils zum 30. September)

Jahr	Neu-abgeschlossene Ausbildungsverträge	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Unvermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsplätzen	Nachfrage nach Ausbildungsplätzen	Angebots-überhang
	(1)	(2)	(3)	(4) = (1) + (2)	(5) = (1) + (3)	(6) = (2) + (3)
1976	495 800	18 900	27 700	514 700	523 500	— 8 800 = — 1,7 %
1977	558 400	26 900	27 000	585 300	584 400	+ 900 = + 0,2 %
1978	601 700	22 800	23 800	625 500	628 500	— 1 000 = — 0,2 %
1979	640 300	36 900	19 700	677 200	660 000	+ 17 200 = + 2,6 %
1980	650 000	44 600	17 300	694 600	667 300	+ 27 300 = + 4,1 %
1981	605 636 ¹⁾	37 348	22 140	642 984	627 776	+ 15 208 = + 2,4 %
1982	631 057	20 155	35 991	651 212	667 048	— 15 836 = — 2,4 %

Vgl. Berufsbildungsbericht 1982, Übersicht 2, Seite 6.

¹⁾ Wegen Berichtigung der Meldung der Landwirtschaftskammer des Saarlandes gegenüber Berufsbildungsbericht 1982 korrigierter Wert.

Quelle: Erhebung zum 30. September, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen.

Übersicht 2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1982 nach Ausbildungsbereichen (Veränderung zu 1981)

Ausbildungsbereich	Neu abgeschlossene Verträge	Veränderung zu 1981	
	Anzahl	Anzahl	in %
Industrie und Handel	293 929	7 923	2,8
Handwerk	232 548	13 001	5,9
Öffentlicher Dienst ¹⁾	22 890	1 983	9,5
Landwirtschaft	22 660	2 214	10,8
Sonstige ²⁾	59 030	300	0,5
Alle Ausbildungsbereiche	631 057	25 421	4,2

Vgl. Berufsbildungsbericht 1981, Übersicht 3, Seite 7.

¹⁾ Ohne diejenigen Auszubildenden des öffentlichen Dienstes, deren Ausbildungsverträge nach dem Berufsbildungsgesetz bei zuständigen Stellen außerhalb des öffentlichen Dienstes registriert werden.

²⁾ Freie Berufe, Hauswirtschaft und Seeschifffahrt.

Quelle: Erhebung zum 30. September

unterschiedlich. Während Nordrhein-Westfalen — hier wirkte sich die zusätzliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nach Abschluß des 10. Pflichtschuljahres aus —, Berlin, Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen noch beachtliche Steigerungsraten aufweisen, war die Entwicklung in Hessen, Bayern, im Saarland und in Bremen rückläufig. In Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg wurden im wesentlichen die Vorjahreszahlen gehalten.

Ausbildungsbereiche

Zum diesjährigen Anwachsen der Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge haben alle Ausbildungsbereiche beigetragen (vgl. dazu Übersicht 2). Den größten realen Zuwachs hatte das Handwerk mit einer Zunahme von 13 000 Verträgen. Dieser erhöhte Zuwachs im Handwerk wurde vor allem in den Ländern Nordrhein-Westfalen (21 %), Berlin (6 %) und Hamburg (5 %) erzielt. Prozentual am stärksten angewachsen ist der Ausbildungsbereich Landwirtschaft mit fast 11 %. Um knapp 10 % ist die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Öffentlichen Dienst angestiegen. Der geringste Zuwachs war bei den Freien Berufen, in der

Übersicht 3: Entwicklung der Einschaltquote¹⁾ von 1976 bis 1982 bei Angebot und Nachfrage bei der Bundesanstalt für Arbeit (jeweils am 30. September) in %

Jahr	Nachfrage	Angebot
1976	77	59
1977	75	59
1978	71	61
1979	72	66
1980	69	72
1981	71	78
1982	76	72

¹⁾ Die Einschaltquote errechnet sich aus der Division der Bewerber bzw. der Berufsausbildungsstellen, die bei der Bundesanstalt für Arbeit im jeweiligen Berichtsjahr registriert wurden durch die Nachfrage bzw. Angebote in der Definition des Berufsbildungsförderungsgesetzes.

Hauswirtschaft und in der Seeschifffahrt. Bei Industrie und Handel wurde ein Wachstum von knapp 3 % erreicht. Dieser Zuwachs wurde vor allem in den Ländern Berlin (12 %), Nordrhein-Westfalen (9 %) und Niedersachsen (9 %) erzielt.

Berufsberatung

Bis zum 30. September 1982 waren bei den Arbeitsämtern insgesamt 467 525 Berufsausbildungsstellen gemeldet, das entspricht einer Abnahme um 6,3 % gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der Bewerber um Berufsausbildungsstellen lag bei insgesamt 508 934 und ist damit um 14,8 % angewachsen.

Die Arbeitsämter werden von den Jugendlichen in unterschiedlichem Maße bei der Suche nach Ausbildungsplätzen eingeschaltet. Im Bundesdurchschnitt betrug die Einschaltquote bei der Nachfrage 76 %. Sie ist damit deutlich angestiegen.

Auch die Betriebe meldeten nicht alle Ausbildungsplätze, die sie besetzen wollten, den Arbeitsämtern. Die Einschaltquote beim Angebot an Ausbildungsplätzen ist 1982 gegenüber dem Vorjahr deutlich abgesunken. Offenbar wurden 1982 sehr viele Ausbildungsplätze ohne die Mithilfe des Arbeitsamtes vergeben (vgl. Übersicht 3).

3.2 Voraussichtliche Entwicklung 1983

1983 sind erhebliche Anstrengungen notwendig, damit eine hinreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen für die Jugendlichen bereitgestellt und der Fachkräfte-Nachwuchs gesichert wird. Die Anzahl der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I wird zwar gegenüber 1982 etwas abnehmen (um 13 000 auf 804 000). Die Nachfrage von Berufsgrundschulern oder Jugendlichen, die der Berufsausbildung im dualen System — aus welchen Gründen auch immer — eine schulische berufliche Bildung vorgeschaltet haben, ist allerdings ebenfalls zu berücksichtigen, außerdem die Nachfrage einer wachsenden Anzahl von Studienberechtigten.

Die Gesamtzahl der Ausbildungsplatzsuchenden wird für das Jahr 1983 mit rund 655 000 angenommen. Das sind rund 3 000 Ausbildungsplatzsuchende weniger als für 1982 vorausgeschätzt. Insgesamt wird damit angenommen, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen 1983 auf etwa gleich hohem Niveau wie 1982 bleibt.

Die Vorausschätzung gründet sich auf eine vereinfachte Modellrechnung, die bereits in den früheren Berufsbildungsberichten verwendet wurde und — mit Ausnahme des Jahres 1981 — zu recht zutreffenden Ergebnissen führte. Dennoch ist naturgemäß jede Prognose mit Unsicherheiten behaftet: Die wirkliche Entwicklung kann von der Prognose nach oben und unten abweichen.

Im einzelnen wird von folgenden — vereinfachten — Annahmen ausgegangen:

- Die Anzahl der Bewerber für Ausbildungsplätze im ersten Ausbildungsjahr wird mit rund 506 000 angenommen. Dies entspricht 63 % (Vorjahr: 64 %, 1980: 66 %) der erwarteten Anzahl von 804 000 Schulabgängern der Mittelstufe (Sekundarbereich I) des Jahres 1983.
- Immer mehr Jugendliche schließen nach dem Besuch beruflicher Vollzeitschulen einen Ausbildungsvertrag

mit verkürzter Ausbildungszeit ab. 1983 dürfte mit einem weiteren Zuwachs dieser Nachfrage mit Zeitverzug zu rechnen sein. Bei einem Anteil von 14 % (Vorjahr: 13 %) der 817 000 Schulabgänger aus der Mittelstufe (Sekundarbereich I) des Jahres 1982 wird die Anzahl dieser Jugendlichen mit rund 114 000 angenommen.

c) Der Anteil der Schüler mit Hochschulberechtigung, die eine Berufsausbildung im dualen System aufnehmen, dürfte anwachsen. Er wird mit 13 % (Vorjahr: 12 %) angenommen. Bei insgesamt 269 000 Hochschulberechtigten ergibt sich daraus eine Nachfrage nach einer Berufsausbildung mit verkürzter Ausbildungszeit von rund 35 000.

Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 13. Januar 1983 zum Entwurf des Berufsbildungsberichtes 1983 des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in allen Ausbildungsbereichen — also die realisierte Nachfrage — sind 1982 gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % oder rund 25 400 Verträge auf 631 000 angestiegen. Dieses Ergebnis verdient um so mehr Anerkennung, als es in einer Zeit schwierigster wirtschaftlicher Voraussetzungen, weiter gesunkener Erträge der Unternehmen und immer ungünstiger gewordener Arbeitsmarktlage erreicht wurde.

An diesem Ergebnis waren alle Ausbildungsbereiche beteiligt. Die Daten des Berufsbildungsberichtes 1983 weisen darauf hin, daß die Ausbildungsplatzsituation 1982 ein annäherndes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage gebracht hat. Das gemäß den Kriterien des Berufsbildungsförderungsgesetzes ermittelte Gesamtangebot hat um 2,4 % unter der Gesamtnachfrage gelegen.

Nach den vorliegenden Schätzungen wird die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden 1983 nahezu gleich bleiben. Die 1982 erreichte hohe Ausbildungsbereitschaft muß auch im Jahre 1983 aufrechterhalten werden, damit die nach wie vor hohe Nachfrage der Jugendlichen nach betrieblichen Ausbildungsplätzen befriedigt werden kann. Dies erfordert weiterhin die Anstrengungen aller.

Betriebe und Verwaltungen werden aufgerufen, ihre Ausbildungsentscheidungen trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage an der anhaltend hohen Nachfrage nach anerkannter, qualifizierter Ausbildung zu orientieren und nicht nur am absehbaren eigenen Bedarf.

An die Betriebe und Verwaltungen wird außerdem appelliert, ihre offenen Ausbildungsplätze rechtzeitig den Arbeitsämtern bekanntzugeben. Die Jugendlichen und ihre Eltern werden aufgefordert, bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz die Arbeitsämter einzuschalten. Die Arbeitsämter können den Jugendlichen umfassende Informationen über das örtliche Ausbildungsplatzangebot geben. Allerdings sollten Jugendliche und ihre Eltern, auch bei Einschaltung des Arbeitsamtes, in ihren eigenen Bemühungen um einen Ausbildungsplatz nicht nachlassen. Dabei sollten sie über den engeren Wohnbereich hinaus Ausbildungsplatzmöglichkeiten berücksichtigen, zumal auch die Veränderungen in der Altersstruktur der ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen einer größeren regionalen Mobilität förderlich sind.

Die Betriebe, die Verwaltungen und die Schulen sowie die Jugendlichen werden aufgerufen, über Vertragsabschlüsse bzw. die Aufnahme von Schülern so früh wie möglich endgültig zu entscheiden, um ein Blockieren von Ausbildungsplätzen zu verhindern.

Arbeitsämter, Kammern, Verbände, Gewerkschaften und Verwaltungen sollten auf regionaler und örtlicher Ebene in ständigem Kontakt die Ausbildungssituation erörtern und gegebenenfalls über Möglichkeiten der Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots beraten sowie noch nicht ausbildende Betriebe zur Ausbildung anregen. Ein besserer Informationsaustausch über erfolgreiche Aktivitäten vor Ort könnte zu einer Intensivierung und Ausweitung solcher Initiativen beitragen.

Minderheitsvotum der Beauftragten der Arbeitnehmer und des Landes Bremen zur Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schlechteste Bilanz seit 1976

Noch nie zuvor seit gesetzlicher Einführung der Berufsbildungsstatistik im September 1976 war die Berufsbildungsbilanz so schlecht wie in diesem Jahr. Während noch im Vorjahr auf einen unvermittelten Bewerber zwei offene Ausbildungsstellen kamen, ist es im Jahre 1982 umgekehrt: Zwei unvermittelte Bewerber konkurrieren um einen angebotenen Ausbildungsplatz. Die Zahl der noch unvermittelten Bewerber stieg im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr um 67,3 %.

Die Unternehmen und Verwaltungen sind damit 1982 ihrem Auftrag, auch in konjunkturell schwierigen Zeiten allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, nicht nachgekommen. Daher ist das von der neuen Bundesregierung voreilig in die Wirtschaft gesetzte Vertrauen auf die Erfüllung ihrer Ausbildungspflicht offensichtlich unbegründet. Die Daten des Berufsbildungsberichtes sollten für die neue Bundesregierung Anlaß genug sein, den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1980 ernst zu nehmen und allen Jugendlichen 1983 einen Ausbildungsplatz zu garantieren.

Dies gilt insbesondere dann, wenn man sich nicht darauf beschränkt, die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Aus-

bildungsplätze und ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen zu erfassen. Die „Berufsbildungsbilanz“ der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung rechnet für das Jahr 1982 mit 263 000 Jugendlichen, die derzeit noch ohne berufliche Ausbildung geblieben sind. Die vorgelegte Prognose der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung für das Jahr 1983 geht erneut von 272 000 unversorgten Jugendlichen aus, wenn sich beim Angebot an Ausbildungsplätzen in Betrieben und Verwaltungen sowie in den Schulen nicht durch sofort eingeleitete Maßnahmen deutliche Verbesserungen durchsetzen lassen.

Das Fazit für das Ausbildungsjahr 1982 lautet: Die beruflichen Zukunftschancen der Jugend haben sich nachhaltig verschlechtert, der Trendeinbruch des Jahres 1981 wurde 1982 zur negativen Trendwende.

1. Zur globalen Situation

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stieg zwar 1982 um 4,2 % (25 000) auf insgesamt 631 000 an, erreichte jedoch nicht die Zahl der Ausbildungsverträge der Jahre 1979 und 1980.

Auch der Berufsbildungsbericht des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft kommt nicht umhin, auf die schwieriger gewordene Situation der Jugendlichen hinzuweisen. Während im Jahre 1981 noch 102 angebotene Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber kamen, beträgt die Angebotsquote im Jahre 1982 nur noch 97,6.

Dem zum Stichtag am 30. September 1982 noch 36000 unvermittelten Bewerbern standen 20000 unbesetzte Stellen gegenüber. Diese Zahlen belegen, in welchem Maße sich 1982 die Berufs- und Lebenschancen der Jugendlichen verschlechtert haben. Während sich die Gruppe der unvermittelten Jugendlichen um 67 % vergrößert hat, verringerte sich die Zahl der unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplätze um rund 46 %. Ein Fünftel aller noch freien Ausbildungsplätze konzentriert sich lediglich auf vier Arbeitsamtsbezirke (München, Stuttgart, Ludwigsburg und Memmingen).

Mit der Verschärfung der Ausbildungsplatzsituation stieg auch die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen unter 20 Jahren gegenüber dem Vorjahr um 30 % auf 203000 (Dezember 1982). Es zeigt sich, daß trotz zahlreicher Appelle der Gewerkschaften und der ehemaligen Bundesregierung die Ausbildungsbereitschaft in Wirtschaft und Verwaltung nicht in gleichem Maße wie die Zahl der sich bewerbenden Jugendlichen angewachsen ist. Auch die Außerkraftsetzung der Ausbilder — Eignungsverordnung bewirkte nicht die zugesagten 50000 zusätzlichen Ausbildungsplätze.

Die Situation der benachteiligten Jugendlichen ist unverändert schlecht. Der Berufsbildungsbericht zeigt wiederum nicht die notwendigen Konsequenzen auf.

2. Zur regionalen Situation

Besonders deutlich wird der Mangel an Ausbildungsplätzen, wenn man die Entwicklung in einzelnen Arbeitsamtsbezirken untersucht. In 140 von 142 Arbeitsamtsbezirken hat sich die Ausbildungsplatzsituation im Jahr 1982 verschlechtert. In 114 von 142 Arbeitsamtsbezirken lag das Angebot an Ausbildungsplätzen unterhalb der Nachfrage. Im Jahr 1981 traf dieses auf 48 Arbeitsamtsbezirke zu, 1980 nur auf 20.

In zehn Bundesländern ist die Situation für die Jugendlichen schlechter geworden. Weitgehend gleichgeblieben ist die Lage lediglich in Berlin, weil sich dort staatliche Fördermaßnahmen positiv ausgewirkt haben.

Der diesjährige Berufsbildungsbericht macht leider nicht hinreichend darauf aufmerksam, daß die Ausbildungschancen von Jugendlichen in erheblichem Maße vom Wohnort abhängen. Hinweise darauf, daß diejenigen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz haben wollen, auch einen erhalten könnten, wenn sie nur von ihren sogenannten Traumberufen ablassen würden, erweisen sich angesichts dieser Ausbildungsbilanz als außerordentlich töricht.

3. Zur Situation in den Ausbildungsberufen

Die Zunahme der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse ist in den Ausbildungsberufen sehr unterschiedlich. Die höchsten Steigerungsraten ergeben sich beim Fleischer (+ 31 %), Bäcker (+ 26 %), im Hotel- und Gaststättengewerbe (+ 20 %).

Der enorme Anstieg der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesen Berufen zeigt nachhaltig, wie

unsinnig die Behauptung ist, daß die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes ausbildungshemmend wirken.

Beim ersten Blick auf diese Berufe wird bereits deutlich, daß zwischen den Steigerungsraten bei den Ausbildungsverhältnissen und den späteren Verwertungsmöglichkeiten dieser Berufsabschlüsse durch die Jugendlichen eine problematische Kluft zu erwarten ist. Der Verdacht liegt nahe, daß sich Arbeitgeber in der wirtschaftlichen Krisensituation mit den am billigsten verfügbaren Arbeitskräften weiterhelfen — also mit Auszubildenden.

Die anhaltende Krise auf dem Ausbildungsstellenmarkt zwingt offensichtlich zahlreiche Jugendliche dazu, einen Ausbildungsvertrag für einen Beruf abzuschließen, der ihren Neigungen und Fähigkeiten nicht entspricht. So lösen überproportional viele Jugendliche — nämlich rund ein Drittel — ihre Ausbildungsverträge in den Berufen Restaurantfachmann, Friseur, Koch, Fleischer, Berg- und Maschinenmann oder Verkäuferin wieder auf, im Beruf des Tankwarts sind dies sogar fast zwei Drittel.

4. Berufsbildungsbilanz

Die Auswertung allein der über die Arbeitsämter ermittelten Zahlen der Ausbildungsplatzsituation reicht auch 1982 nicht aus, um ein realistisches Bild der tatsächlichen Situation der Jugendlichen zu gewinnen, die eine Berufsausbildung anstreben. Denn diese Zahlen geben keinen hinreichenden Überblick über jene Jugendlichen, die unmittelbar im Anschluß an die allgemeinbildende Schule ohne weitere Ausbildung eine Arbeit aufnehmen, die bereits während der Probezeit von den Betrieben entlassen werden oder ihre Ausbildung abbrechen, die das Bildungssystem nach einem Bildungsgang verlassen, der keine volle berufliche Qualifikation vermittelt oder die auf Grund geringer Bewerbungschancen resigniert und sich nicht mehr bei den Arbeitsämtern gemeldet haben. Deshalb hat die Gruppe der Beauftragen der Arbeitnehmer im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung bereits in den vergangenen Jahren gefordert, den Berufsbildungsbericht zu einer umfassenden „Berufsbildungsbilanz“ zu erweitern.

Obwohl dieses methodisch verbesserte statistische Verfahren inzwischen in einigen Ländern, Kommunen und auch vom Bundesinstitut für Berufsbildung übernommen worden ist, muß mit Bedauern festgestellt werden, daß auch der diesjährige „Berufsbildungsbericht“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft methodisch hinter einer solchen notwendigen Übersicht zurückbleibt.

Eine umfassende Berufsbildungsbilanz ist weiterhin dringend erforderlich, um alle geeigneten Ausbildungsmöglichkeiten auszuschöpfen und dem von der ehemaligen Bundesregierung selbst gesetzten Ziel näherzukommen, allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu sichern. Lediglich allen Jugendlichen eine Ausbildungschance zu ermöglichen, entspricht nicht der vom Bundesverfassungsgericht formulierten Ausbildungsverpflichtung.

Wie im Vorjahr wurden alle verfügbaren Daten in einer eigenen „Berufsbildungsbilanz“ zusammengefaßt, die einen exakteren Überblick über die tatsächliche Ausbildungsplatzsituation ermöglicht. Diese Modellrechnung kommt zu folgenden Ergebnissen:

Berufsbildungsbilanz 1982 für das Bundesgebiet (gerundet)

Wieviele Jugendliche müssen versorgt werden?

Schulabgänger aus Sekundarstufe I	816900	
Hochschulberechtigte aus beruflichen Schulen	255300	
	265000	
Absolventen der Förderlehrgänge der BA (F-, G-, V-Lehrg.)	21400	
MBSE	13700	35100
Berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Abschluß in Teilzeit- berufsschulen (ohne Doppelzählung von Jugendlichen in BA-Lehrgängen)		119000
Ausländische Jugendliche ohne schulische oder betriebliche Ausbildung		161800
		1653100
	./.	1389900
unversorgte Jugendliche		263200

Wieviele Jugendliche sind versorgt worden?

Studienanfänger und Übergänger in allgemeinbildende Schulen	273300	
Beamtenanwärter und Jugendliche in Gesundheitsschulen (1. Ausbildungsjahr)	84000	
Neu abgeschlossene Verträge im dualen System	631100	715100
BGJ/s	77000	
Berufsfachschulen (1. Jahr)	248400	325400
BVJ und Förderlehrgänge der BA	66600	
MBSE	9500	76100
		1389900

- F = Förderlehrgang zur Erlangung der Ausbildungsreife
 G = Förderlehrgang für arbeitslose Jugendliche
 V = Lehrgang zur Verbesserung der Eingliederung von
 Jugendlichen in Arbeit und Ausbildung
 MBSE = Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung
 ausländischer Jugendlicher

Die Prognose der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung hat sich in den wesentlichen Aussagen bestätigt. Die „Berufsbildungsbilanz 1982“ weist gegenüber der Bilanz des Vorjahres einige Veränderungen aus:

4.1 Die Gesamtzahl der Jugendlichen, die ohne qualifizierende betriebliche oder schulische Ausbildung geblieben sind, ist zwar von 274000 auf 263000 zurückgegangen, unverändert ist jedoch damit die Größenordnung des Problems der Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen.

Die intensiven Bemühungen der Gewerkschaft auf allen Ebenen, das engagierte Werben der ehemaligen Bundesregierung um die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze und die vermehrten Anstrengungen der öffentlichen Hände haben zu einem Anstieg des Angebots an schulischer und betrieblicher Ausbildung geführt.

Deshalb konnte die vom Deutschen Gewerkschaftsbund im letzten Jahr angenommene Zahl von 332000 unversorgten Jugendlichen auf 263000 vermindert werden.

4.2 Bei der Bewertung der Zunahme an Ausbildungsplätzen ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze zugenommen hat, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. Auch zu nennen sind

- das Benachteiligtenprogramm des Bundes,
- die Fortführung und Aufstockung der Kapazitäten des Berufsamtes Berlin und
- die Ausweitung der Kapazitäten in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Diese Beispiele belegen, daß staatliches Handeln durchaus einen Beitrag zur Verminderung der Ausbildungsprobleme Jugendlicher leisten kann.

4.3 Zugleich ist darauf hinzuweisen, daß die Steigerung der Ausbildungskapazitäten in bestimmten Berufen und in teilqualifizierenden schulischen Angeboten nicht ohne Probleme ist. In einer Reihe von Ausbildungsberufen sind die Ausbildungskapazitäten so drastisch ausgebaut worden, daß schon jetzt mit einer beachtlichen Kluft zwischen Ausbildungszahlen und anschließenden Beschäftigungsmöglichkeiten zu rechnen ist. Ein Großteil dieser Jugendlichen arbeitet später entweder berufs fremd oder wird nach Umschulungsmöglichkeiten nachfragen. Die Jugendlichen aus teilqualifizierenden schulischen Bildungsmaßnahmen werden mit einer gewissen Zeitverschiebung — in der Regel nach einem Jahr — wieder als Bewerber um vollqualifizierende Ausbildungsplätze erscheinen. Damit ist schon jetzt klar, daß die allgemeine Annahme unzutreffend ist, mit sinkenden Abgängerzahlen aus den Schulen werde sich automatisch auch die Ausbildungssituation verbessern. Es muß mit einem Nachfragerstau gerechnet werden.

5. Berufsbildungsprognose 1983

Das Berufsbildungsförderungsgesetz gibt der Berufsbildungspolitik den verbindlichen Auftrag, die Berufsausbildung auch durch Planung zu fördern. Die bisherigen Berufsbildungsberichte enthalten vorrangig Situationsbeschreibungen für das jeweils zurückliegende Jahr. Eine verantwortliche Berufsbildungspolitik ist jedoch auf eine mittelfristige Prognose angewiesen, um den Ausbildungsmarktproblemen rechtzeitig begegnen zu können.

Die Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung legt erneut eine Prognose zu einer „Berufsbildungsbilanz 1983“ vor. Diese Prognose geht auf der Nachfrageseite von den Hochrechnungen der Kultusministerkonferenz und anderer verfügbarer Daten aus und übernimmt im übrigen die Ist-Zahlen für das Jahr 1982.

Sie rechnet auf der Angebotsseite optimistisch mit einem gleichbleibenden Ausbildungsangebot, obwohl kaum anzunehmen ist, daß die Ausbildungsangebote konstant bleiben können. Unter dieser Annahme ergibt sich, daß 1983 ca. 272000 Jugendliche ohne ausreichende Berufsperspektiven bleiben, wenn nicht zusätzliche Ausbildungsangebote an diese Jugendlichen gerichtet werden.

Berufsbildungsprognose 1983 für das Bundesgebiet (gerundet)

Wieviele Jugendliche müssen versorgt werden?

Schulabgänger aus Sekundarstufe I	803600	
Hochschulberechtigte aus beruflichen Schulen	269000	
	290000	
Absolventen der Förderlehrgänge der BA (F-, G-, V-Lehrg.)	20000	
MBSE	11000	31000
Berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Abschluß in Teilzeitberufs- schulen (ohne Doppelzählung von Jugendlichen in BA-Lehrgängen)		119000
Ausländische Jugendliche ohne schulische oder betriebliche Ausbildung		161800
		1674400
	./.	1402100
unversorgte Jugendliche		272300

Wieviele Jugendliche sind versorgt worden?

Studienanfänger und Übergänger in allgemeinbildende Schulen	285500	
Beamtenanwärter und Jugendliche in Gesundheitsschulen (1. Ausbildungsjahr)	84000	
Neu abgeschlossene Verträge im dualen System	631100	715100
BGJ/s	77000	
Berufsfachschulen (1. Jahr)	248400	325400
BVJ und Förderlehrgänge der BA	66600	
MBSE	9500	76100
		1402100

- F = Förderlehrgang zur Erlangung der Ausbildungsreife
 G = Förderlehrgang für arbeitslose Jugendliche
 V = Lehrgang zur Verbesserung der Eingliederung von
 Jugendlichen in Arbeit und Ausbildung
 MBSE = Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung
 ausländischer Jugendlicher

6. Gewerkschaftliche Forderungen

6.1 Entgegen ersten öffentlichen Äußerungen muß auch die neue Bundesregierung ihren ganzen Einfluß energisch dafür geltend machen, daß die Arbeitgeber ihren Ausbildungsverpflichtungen nachkommen und die Zahl der Ausbildungsplätze auch in diesem Jahr noch einmal erhöhen. Die Arbeitgeber sind erneut nachdrücklich auf ihre zwar politisch behauptete, aber in der Praxis unzureichend eingelöste Verantwortung für die Bereitstellung eines ausreichenden und qualifizierten Ausbildungsplatzangebotes hinzuweisen. Der öffentliche Druck muß zunehmen, sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Jugendlichen zu zwingen. Die Entwicklung der Ausbildungsplatzversorgung muß auch weiterhin mit Hilfe der Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit monatlich beobachtet und öffentlich diskutiert werden können. Gerade diese Statistik hat sich als „Frühwarnsystem“ bewährt, wenn auch noch Verbesserungen notwendig sind.

Das Ausbildungsplatzangebot der Betriebe muß auch in diesem Jahr spürbar erhöht werden. Da aufgrund der wirt-

schaftlichen Probleme, vor die sich zunehmend auch Großbetriebe gestellt sehen, ein Abbau ihrer Ausbildungskapazitäten nicht auszuschließen ist, muß rechtzeitig für eine quantitative und qualitative ausreichende Ausbildungsgarantie gesorgt werden.

6.2 Die öffentlichen Arbeitgeber müssen trotz der relativ hohen Steigerungsrate im vergangenen Jahr ihre Anstrengungen verstärken. Das gilt für ihren eigenen Verantwortungsbereich, für Betriebe mit staatlicher Beteiligung und für kommunale Eigenbetriebe. Eine Aufstockung der Ausbildungskapazitäten muß nicht allein in den Verwaltungsberufen erfolgen, sondern ebenfalls in den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen, die in den Einrichtungen öffentlicher Träger gebraucht werden. Vom Verhalten der öffentlichen Arbeitgeber geht eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung auch auf andere Wirtschaftsbereiche aus.

6.3 Trotz der im Jahr 1982 erfolgten Kapazitätsausweitung müssen die Länder das Angebot für vollqualifizierende Bildungsgänge in den beruflichen Schulen erneut ausweiten. Dazu gehört insbesondere der Ausbau der dreijährigen, vollqualifizierenden Berufsfachschulen. Die geschaffenen Kapazitäten in den beruflichen Schulen, die in den zurückliegenden Jahren erheblich ausgebaut wurden, müssen für eine vollqualifizierende Berufsausbildung genutzt werden. Die beruflichen Schulen sind personell und materiell so auszustatten, daß sie diese zusätzliche Aufgabe übernehmen können. — Die noch bestehenden rechtlichen Hindernisse bei der Anerkennung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge sind zu beseitigen.

6.4 Die Förderungsprogramme des Bundes und der Länder zur Errichtung und Unterhaltung überbetrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildungsstätten sind insbesondere in strukturschwachen Regionen auszuweiten.

6.5 Bund und Länder müssen ihre Programme für benachteiligte Jugendliche — Altnachfrager, Hauptschüler ohne Abschluß, Behinderte, ausländische Jugendliche, Mädchen — erheblich aufstocken und für vollqualifizierende Ausbildungsgänge einsetzen. Ausbildungsverhältnisse nach solchen Benachteiligtenprogrammen müssen bei den zuständigen Stellen eingetragen werden.

6.6 Die beachtlichen öffentlichen Mittel, die derzeit aus unterschiedlichen Haushaltstiteln für Notlösungen und Sondermaßnahmen zur Vorbereitung erst spät in die Bundesrepublik Deutschland einreisender ausländischer Jugendlicher auf eine qualifizierte Berufsausbildung verauslagt werden, müssen für eine durchdachte Konzeption zur beruflichen Qualifizierung ausländischer Jugendlicher zusammengefaßt und erhöht werden.

6.7 Die Arbeitsverwaltung muß ausgebaut und personell in die Lage versetzt werden, das Ausbildungsplatzangebot vollständig zu erfassen (§ 9 Arbeitsförderungsgesetz), die Betriebe und Verwaltungen in Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten zu einer Ausweitung ihres Ausbildungsplatzangebotes anzuhalten und die Jugendlichen umfassend zu informieren und zu beraten. Die gegenwärtige Ausbildungssituation verbietet es, bei den Arbeitsämtern Personal einzusparen oder das vorhandene Personal von beratender Tätigkeit abzuziehen und mit Verwaltungsaufgaben auszulasten.

6.8 Der Verzicht auf eine Finanzierungsregelung im Berufsbildungsförderungsgesetz hat sich offensichtlich unmittelbar auf den Rückgang der Ausbildungsplätze

ausgewirkt. Dieses bestätigt die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Forderung nach einer Umlagefinanzierung, zu der alle Betriebe und Verwaltungen herangezogen werden. Auch der Gesetzgeber ist nicht aus seiner Verantwortung zu entlassen, die Finanzierung der beruflichen Bildung auf Dauer zu sichern. Die erneut bestätigten regionalen und sektoralen Mängel im Ausbildungsangebot erfordern ein wirksames Eingreifen des Staates in das Angebotsmonopol der Unternehmer. Hierzu ist es erforderlich, die derzeit von Bund und Ländern aus einer Vielzahl von Töpfen aufgebracht und zu einem erheblichen Teil für Kopfprämien und unkontrollierte Subventionen privater Unternehmer eingesetzten öffentlichen Mittel auf der Grundlage einer Gesamtplanung gebündelt und gezielt zur Schaffung qualifizierter Ausbildungsplätze zu verwenden.

6.9 Die staatlichen Initiativen im Sinne einer Ausbildungsgarantie in Hamburg und die Schaffung eines Berufsamtes in Berlin haben angesichts der schwierigen Ausbildungssituation Modellcharakter. Die übrigen Länder sind aufgefordert, vergleichbare Ausbildungsanstrengungen zu unternehmen. Solche Programme können auch von den kommunalen Gebietskörperschaften — Großstädte, Landkreise, Städte und Gemeinden — aufgelegt werden.

6.10 Die fast vollständige Streichung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für Schüler und die Umstellung der Förderung auf Darlehen

für Studenten wird auch Auswirkungen auf die Situation der Berufsausbildung haben. Noch mehr Jugendliche als bisher werden in das duale System drängen. Ein schonungsloser Konkurrenzkampf um Ausbildungsplätze wird die absehbare Folge sein, da die Zahl der Ausbildungsangebote schon jetzt nicht der Nachfrage auch nur annähernd entspricht. Am Ende wird die Zahl derjenigen Jugendlichen, die als Ungelernte oder Arbeitslose „übrigbleiben“, durch die BAföG-Streichungen anwachsen müssen.

Deshalb sind Bundesregierung und Bundestag dringend aufgefordert, ihre Entscheidungen gegen das BAföG zu revidieren. Gerade in der gegenwärtigen Zeit einer außerordentlich schwierigen Ausbildungsplatzsituation kommt der staatlichen Ausbildungsförderung eine besondere Bedeutung zu.

Der Berufsbildungsbericht 1983 belegt erneut, daß die quantitative und qualitative Entwicklung der Berufsausbildung nicht den sogenannten Selbststeuerungskräften der Wirtschaft überlassen bleiben darf. Die Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung und die Gewerkschaften werden verstärkt über die betriebliche Interessenvertretung und die Mitbestimmungsorgane ihren Einfluß geltend machen, um die Zukunftschancen der Jugendlichen zu verbessern. Die berufliche Qualifizierung aller Jugendlichen ist gerade unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen des Arbeitsmarktes eine gesellschaftliche Herausforderung von hohem Rang.

Beschluß der Bundesregierung zum Berufsbildungsbericht 1983 vom 2. Februar 1983

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat den Berufsbildungsbericht 1983 vorgelegt. Die Bundesregierung hat aus diesem Anlaß die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt beraten und dabei festgestellt:

1. Im Ausbildungsjahr 1982 ist in allen Ausbildungsbereichen (Industrie und Handel, Handwerk, Öffentlicher Dienst, Landwirtschaft und übrige Bereiche) eine Steigerung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Verträge ist mit 631 057 um 4,2 % gestiegen. Zum 30. September 1982 waren darüber hinaus in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit gut 20 000 Berufsausbildungsstellen als unbesetzt gemeldet.

Dieses hohe Ausbildungsplatzangebot ist angesichts der schwierigen Wirtschaftslage eine aner kennenswerte Leistung der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltungen. Die Bundesregierung dankt allen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Das duale System hat sich als fähig erwiesen, eine erhöhte Nachfrage der Jugendlichen auch bei schwieriger Wirtschaftslage weitgehend zu befriedigen und damit eine Bewährungsprobe bestanden.

Die Daten zum 30. September weisen aus, daß die Ausbildungsplatzsituation 1982 ein annäherndes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage gebracht hat. Das Gesamtangebot lag um 2,4 % unter der Gesamtnachfrage. Zum 30. September waren in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit knapp 36 000 noch nicht vermittelte Bewerber erfaßt. Die Bundesregierung hat mit Dank die Zusage der Spitzenverbände der Wirtschaft entgegengenommen, nochmals nachhaltig daran mitzuwirken, daß möglichst alle unversorgten Jugendlichen noch einen Ausbildungsplatz finden.

2. Der Berufsbildungsbericht 1983 weist aus, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auch in diesem Jahr auf hohem Niveau bleiben wird. Die Gesamtzahl der Ausbildungsplatzsuchenden wird für das Jahr 1983 mit rund 655 000 angenommen. Wenn das Ausbildungsplatzangebot 1983 mindestens das Angebot des letzten Jahres erreicht und entsprechend der erwarteten Nachfrage gesteigert werden kann, wird die Jugend ihre Ausbildungschance haben. Einer abgeschlossenen Berufsausbildung kommt gerade bei angespannter Arbeitsmarktlage eine besondere Bedeutung zu.

Kein Jugendlicher sollte die Erfahrung machen, daß unsere Gesellschaft ihn ohne Möglichkeit einer qualifi-

zierten Ausbildung läßt. Gezieltes und gemeinsames Handeln ist vor allem regional und vor Ort gefordert, um ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot für alle Jugendlichen zu sichern. Die Bundesregierung appelliert an alle ausbildungsfähigen Betriebe und Verwaltungen, in ihren Anstrengungen und ihrem Engagement für Ausbildung nicht nachzulassen. Ihr Engagement gibt der Jugend Lebensperspektiven, erhält aber auch der Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Sicherung des notwendigen Fachkräftenachwuchses.

3. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß es trotz der positiven Entwicklung des letzten Jahres bei der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge noch erhebliche Probleme bei der Suche nach Ausbildungsplätzen gibt. Dies gilt insbesondere — aber nicht nur — für junge Frauen, Jugendliche ohne Schulabschluß und junge Ausländer.
 - a) Für junge Frauen sind mehr Chancen für eine qualifizierte Berufsausbildung erforderlich. Die Bundesregierung wird die mit dem Modellprogramm zur Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen begonnene Förderung fortführen.
 - b) Die Bundesregierung ist besorgt, daß 75 % der ausländischen Jugendlichen ohne berufliche Ausbildung in das Berufsleben eintreten. Den Berufsvorbereitungsprogrammen sowie den ausbildungs begleitenden Hilfen kommt daher eine große Bedeutung zu. Für diese Programme stehen 1983 erhöhte Mittel zur Verfügung. Die Bundesregierung ruft alle Beteiligten zur stärkeren Nutzung dieser Programme auf.

Betriebe und Verwaltungen sollten sich gerade dieser Gruppen von Jugendlichen besonders annehmen. Die Bundesregierung wird ihre gezielten unterstützenden Hilfen, insbesondere das Benachteiligtenprogramm, verstärkt fortsetzen.

4. Die Bundesregierung hat bereits am 19. Januar 1983 alle Ressorts aufgefordert, daß die Betriebe, Forschungsstätten, Behörden und Einrichtungen des Bundes 1983 ihre Ausbildungsangebote in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz so steigern, daß die Ausbildungsleistung des Bundes über die Leistung des Vorjahres (1982) erhöht wird.
5. Die Bundesregierung wird den Berufsbildungsbericht 1983 im 10. Deutschen Bundestag zur Beratung einbringen.

